Das Folterverbot ist absolut

Barbara Lochbihler will auch im Europa-Parlament für Menschenrechte kämpfen

Eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, die Bewältigung der Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Klimakrise auch mit Blick auf die Armen: Für Barbara Lochbihler gibt es Themen genug, wenn sie von Amnesty International ins EU-Parlament wechselt.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

Tübingen. Zehn Jahre lang war die 49-Jährige Generalsekretärin der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation. Jetzt ist ihr mit Platz fünf auf der Grünen-Liste ein Mandat so gut wie sicher. Sie wolle ihr Erfahrungswissen einbringen, sagte die lebhafte Allgäuerin gestern vor einem Wahlkampf-Auftritt in Tübingen bei einem Besuch in unserer Redaktion.

Die angehende Abgeordnete wird dem außenpolitischen und dem Menschenrechts-Ausschuss angehören. Sie sieht in Straßburg und Brüssel viele Anknüpfungspunkte für Menschenrechtspolitik. So könne die EU Öffentlichkeit herstellen, Wahlbeobachter entsenden, bei zwischenstaatlichen Verträgen die Einhaltung von Leitlinien zur Bedingung machen. Und sie vergibt den Sacharow-Preis.

„Leidenschaftliches Engagement für den Frieden, für die Achtung der Menschenrechte, gegen Ausgrenzung." So beschreibt Lochbihler ihren politischen Standort. Sie weiß es zu schätzen, wenn Barack Obama Forderungen wie die nach Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo umsetzt oder gegen den Willen der CIA Einzel-Dossiers veröffentlicht. So kam auch ans Licht, dass es Geheimgefängnisse in Polen gab. Das war Amnesty zwar schon länger bekannt, doch es wäre nicht so leicht nachzuweisen gewesen.

Lochbihler ist aber enttäuscht, dass der US-Präsident Folterern mit Rücksicht auf die Republikaner Straffreiheit garantiert – mit der Begründung, es gehe ihm nicht um Rache, und sie hätten in gutem Glauben gehandelt. „Dabei ist das so ein grober Verstoß", empört sie sich. „Wenn man so etwas macht wie Waterboarding, weiß jeder, dass das Folter ist." Das Beispiel zeige, was passieren kann, wenn man keine klaren Grenzen setzt. „Das Folterverbot ist etwas ganz Absolutes, weil Folter den Menschen zum Objekt macht", sagt sie. Die amerikanische Öffentlichkeit wisse seit Abu Ghraib, dass in ihrem Namen gefoltert wird. Sie werde nun nicht darum herum kommen, die Vorgänge aufzuarbeiten. Immerhin wollten die USA nun doch einige Uiguren unter den an die sechzig Guantanamo-Häftlingen aufnehmen, gegen die nichts vorliegt. Es sei „schwer zu kritisieren", wenn deutsche Politiker die Aufnahme von Häftlingen verweigern: „Das ist inhuman und engstirnig."

Gestern Vormittag hat die Europa-Kandidatin eine Asylbewerberunterkunft in Villingen-Schwenningen besucht – mit engagierten Betreuern, aber weit draußen im Wald. „Deutschland hat gerade noch 20 000 Asylfälle im Jahr. Warum kann man die Leute nicht so unterbringen, dass für sie das Leben und die Integration leichter sind?", fragt sie sich. Wenn die EU-Staaten jetzt 2500 Kontingent-Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen, bemühten sich Städte und Gemeinden um sie, bekämen Kinder Sprachunterricht. „Dass man das jetzt erst anfängt, ist sehr schade für unser Land."

Europa brauche eine gemeinsame Flüchtlingspolitik und dürfe Staaten wie Griechenland, Spanien oder Italien nicht mit ihren Zuwanderern allein lassen, fordert Lochbihler. Die europäische Grenz-Agentur Frontex arbeite nicht immer menschenrechtskonform. Die Grünen fordern deshalb, dass sie dem Europa-Parlament regelmäßig über ihre Arbeit berichtet. Nötig sei auch ein Migrationskonzept: „Die Leute kommen, weil kein Auskommen ist daheim, weil Krieg ist und jetzt auch noch die Klimaveränderung." Auf solche Phänomene könne man nicht einfach mit einer Festung reagieren.

Lochbihler kann sich für Europa als Friedensprojekt mit Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freizügigkeit und einem Wohlstands-Versprechen begeistern. Bei aller Kritik etwa an der geplanten Aufrüstung brauche die EU den Lissabon-Vertrag, um eine gemeinsame Außenpolitik abzusichern. Allerdings hätte sie sich gewünscht, dass die Bürgerinnen und Bürger über eine verständliche Zusammenfassung des Vertrags abstimmen können. Es sollte europaweite Volksentscheide geben – aber nicht über bürokratische Richtlinien, sondern über Grundsatzfragen.

Barbara Lochbihler

Europa-Kandidatin

- 1959 in Ronsberg im Ostallgäu geboren
  Ausbildung zur Finanzbeamtin, Studium der Sozialarbeit, zweites Studium der Politik mit Internationalem Recht und Volkswirtschaft (Magister)
- 1987 Grünen-Referentin im Bayerischen Landtag
- 1992 Generalsekretärin der Women's International League for Peace and Freedom in Genf
- 1999 bis 2009 Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland

Barbara Lochbihler strebt nach zehn Jahren als Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland ins Europa-Parlament. Sie kandidiert auf Platz fünf der Grünen-Liste. Gestern Abend sprach sie im Mehrgenerationenhaus über „Leben in Europa in der Einen Welt: menschenwürdig und frei". Bild: Metz

NOTIZBLOCK

Wanderung durchs Dorf

Wenn Symptome auftreten, ist es zu spät

WAHL '09 GEMEINDERAT